



**Stadt
Luzern**

Kommunikation

Mit Entlastungspaket und Steuererhöhung gegen strukturelles Defizit

E-Mail

Print- und AV-Medien
Stadt Luzern

Medienmitteilung

Luzern, 10. Juli 2012

Ertragsausfälle durch Steuersenkungen und die neue Pflegekostenfinanzierung belasten den städtischen Finanzhaushalt massiv. Gegen das resultierende strukturelle Defizit tritt der Stadtrat von Luzern mit seiner Gesamtstrategie 2013 an. Er beantragt eine Steuererhöhung um eine Zehnteleinheit. Zusätzlich beschloss er eine Verbesserung des Budgets 2013 um 6 Mio. Franken sowie ein Entlastungspaket über 4 Mio. Franken ab 2014. Sollte die Steuererhöhung an der Urne abgelehnt werden, muss der Stadtrat ein Entlastungspaket von 15 Mio. Franken umsetzen. Die GPK unterstützt grossmehrheitlich den Stadtrat und spricht sich auch für eine Steuererhöhung aus.

Spätestens 2015 hat die Stadt Luzern einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100 Prozent erreicht, sodass die Verschuldung ab 2016 wieder abgebaut werden kann. So lautet das finanzpolitische Hauptziel des Stadtrates. Wie bekannt und im Rahmen der letzten Budgets- und Rechnungsinformationen dargestellt, leidet die Stadt Luzern unter einem strukturellen Defizit.

In der Periode zwischen 2007 und 2012 muss der Finanzhaushalt der Stadt Luzern Ertragsausfälle von 40,6 Mio. Franken netto verkraften. Die Gründe dazu sind die kantonalen Steuergesetzrevisionen von 2008 und 2011 (unter anderem Halbierung der Unternehmenssteuern) sowie die städtische Steuerfussenkung von 2008.

Der Stadtrat hat auf diese Entwicklung reagiert und ab 2007 in vier Entlastungsprogrammen Massnahmen von 41,5 Mio. Franken beschlossen und zum grossen Teil bereits umgesetzt. Zusätzlich kamen und kommen aber neue Mehrbelastungen auf die Stadt zu, die von Kanton oder Bund verordnet wurden, so etwa die neue Pflegefinanzierung, welche die städtische Rechnung jährlich mit rund 16 Mio. Franken zusätzlich belastet.

Stadt Luzern
Kommunikation
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 83 00
Fax: 041 208 85 59
E-Mail: kommunikation@stadtluzern.ch
www.kommunikation.stadtluzern.ch

Verbesserung des Haushalts um 25 Mio. Franken notwendig

Um das finanzpolitische Hauptziel erreichen zu können, hat der Stadtrat mit der Verwaltung in einem mehrmonatigen Prozess seine Gesamtstrategie 2013 erarbeitet. Diese Strategie umfasst folgende Massnahmen:

- Verbesserung des Budgets 2013 um 6 Mio. Franken
- Erhöhung des Steuerfusses ab Budget 2013 um eine Zehnteleinheit von 1,75 auf 1,85 Einheiten. Dies entspricht Mehreinnahmen von 15 Mio. Franken jährlich.
- Entlastungsmassnahmen von 4 Mio. Franken ab 2014.

Diese Massnahmen bringen für den städtischen Finanzhaushalt eine nachhaltige Verbesserung von 25 Mio. Franken ab 2014. Sollten die Stimmberechtigten an der Urne Nein zu einer Steuererhöhung sagen, will der Stadtrat bereits auf 2013 ein Entlastungspaket von 15 Mio. Franken umsetzen. Der Inhalt der beiden Entlastungspakete (4 Mio. Franken ab 2014 und 15 Mio. Franken ab 2013 bei einem Nein an der Urne) ist bereits definiert. Der Stadtrat verabschiedet beide Pakete definitiv an seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause. Am 11. September werden sie im Rahmen der Medienorientierung zu Budget 2013 und Gesamtplanung 2013 – 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Stadtrat begründet seine Gesamtstrategie mit Steuererhöhung wie folgt:

- Die massiven Mehrkosten für die neue auf Bundesgesetz beruhende Pflegekostenfinanzierung rechtfertigen eine Steuererhöhung. Diese Kosten von rund 16 Mio. Franken verursachen zur Hauptsache den strukturellen Bruch in der Budgetplanung.
- Weitere Sparmassnahmen in der Höhe von 15 Mio. Franken anstelle einer Steuererhöhung widersprechen den strategischen Zielsetzungen sowie dem Selbstverständnis der Stadt Luzern, welche ihre Hauptstadt- und Zentrumsfunktion wahrnehmen muss.
- Die Stadt Luzern hat in den vergangenen Jahren bereits Entlastungspakete in der Höhe von 41,5 Mio. Franken beschlossen. Das zusätzliche Paket von 4 Mio. Franken schmerzt und beeinträchtigt das Selbstverständnis der Stadt Luzern, ist aber mehrheitlich mit den strategischen Zielsetzungen der Gesamtplanung vereinbar.

In beiden Entlastungspaketen sind Massnahmen enthalten, die zu Stellenabbau führen. Bei der Umsetzung dieser Massnahmen will der Stadtrat versuchen, Entlassungen zu verhindern. Sollten infolge Ablehnung der Steuererhöhung die Massnahmen über 15 Mio. Franken umgesetzt werden müssen, sieht das neue Personalreglement die Schaffung eines Sozialplanes vor.

Zusammenarbeit mit GPK

Der Stadtrat hat die angestrebte Steuererhöhung aufgrund der sich abzeichnenden Entwicklung bereits in der Gesamtplanung 2010 – 2014 als Ultima Ratio vorgeschlagen. Im September 2011 trat er mit dieser Absicht ein weiteres Mal vor die Öffentlichkeit. Folge davon war eine Motion von CVP, FDP, SVP und GLP, welche den Stadtrat aufforderten, anstelle einer Steuererhöhung nachhaltige Massnahmen bis Februar 2012 vorzulegen. Dieser Vorstoss wurde in der Form eines Postulates im Oktober 2011 überwiesen. Der Stadtrat entwarf in der Folge seine Gesamtstrategie 2013. Um diese zentrale Planung politisch erfolgversprechend ausführen zu können, zog er ab März 2012 die GPK als Echoraum bei. An mehreren Sitzungen diskutierten Stadtrat und GPK über die anvisierte Strategie und über die konkreten Massnahmen, welche alle Direktionen der Verwaltung betreffen. Im Sommerseminar besprach der aktuelle Stadtrat Strategie und Massnahmen auch mit den Mitgliedern des neuen Stadtrates, der ab dem 1. September 2012 im Amt sein wird.

GPK unterstützt Steuererhöhung

Nach den Verhandlungen kommt die GPK grossmehrheitlich zu folgendem Schluss (siehe separate Medienmitteilung):

- Die angespannte Finanzlage entstand durch externe Faktoren (kantonale Steuersenkungen, neue Pflegekostenfinanzierung)
- Die Stadt hat in den vergangenen Jahren mehrere Sparpakete verkraften müssen. Ein weiteres grosses Paket sei illusorisch. Daher sei die geplante Steuererhöhung zwingend notwendig.
- Notwendig, wenn auch schmerzhaft sei zudem das Sparpaket von 4 Mio. Franken, um ein reglementskonformes Budget aufstellen zu können.
- Müssten anstelle der Steuererhöhung Sparmassnahmen in der Höhe von 15 Mio. Franken umgesetzt werden, würde Luzern wesentliche Errungenschaften gefährden. Luzern könne so nicht mehr seine Rolle als Wirtschaftsmotor und als weltoffene und sichere Kultur- und Tourismusstadt erfüllen.

Anhang 1

Die Konsequenzen einer Steuererhöhung

Seit 2003 wurden die Steuern in Stadt und Kanton kontinuierlich gesenkt. Auch mit der Steuererhöhung von einer Zehnteinheit bezahlen Alleinstehende in den Einkommenklassen

30'000 bis 150'000 Franken steuerbares Einkommen im Jahr 2013 um 22 bis 27 Prozent weniger als noch 2002. Bei den Verheirateten beträgt die Steuerreduktion in der gleichen Zeitperiode 25 bis 55 Prozent. Noch höher ist die Reduktion der Gewinnsteuer bei juristischen Personen mit 63,6 Prozent.

Die Anpassung des kommunalen Steuerfusses ab 2013 von 1,75 Einheiten auf 1,85 Einheiten entspricht einer Steueranpassung von 3,08 Prozent. Alleinstehende mit einem steuerbaren Einkommen von 50'000 Franken zahlen im Jahr 170.40 Franken mehr. Alleinstehende mit einem steuerbaren Einkommen von 100'000 Franken, müssen 420.40 Franken mehr entrichten, jene mit 150'000 Franken steuerbarem Einkommen 681.85 Franken.

Bei Verheirateten mit einem steuerbaren Einkommen von 80'000 Franken erhöht sich die Steuerrechnung um 247.60 Franken. Beläuft sich das steuerbare Einkommen bei Verheirateten auf 150'000 Franken erhöht sich die Rechnung um 600.40 Franken.

Anhang 2

Die nächsten Schritte

16. August 2012	Stadtrat verabschiedet Voranschlag 2013 und Gesamtplanung 2013 – 2017.
11. September 2012	Stadtrat veröffentlicht Voranschlag 2013 und Gesamtplanung 2013 – 2017 inkl. Details zu den beiden Massnahmenpaketen (4 Mio. Franken, sowie 15 Mio. Franken, falls Steuererhöhung an der Urne abgelehnt würde).
20. September 2012	Behandlung Gesamtplanung 2013 – 2017 und Voranschlag 2013 in der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
25. Oktober 2012	Behandlung Gesamtplanung 2013 – 2017 und Voranschlag 2013 im Grossen Stadtrat
16. Dezember 2012	Volksabstimmung über Voranschlag 2013 mit Steuererhöhung

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen:

Stadt Luzern

Stadtrat Stefan Roth, Finanzdirektor

Telefon: 041 208 83 84

Erreichbar: Dienstag, 10. Juli 2012, 10.30 bis 11.30 Uhr